



POSTULAT

Urheber PDCVr, durch Myriam Roduit, Patricia Meylan und Edouard Rey
Gegenstand Aktionsplan gegen einen Blackout
Datum 16/11/2021
Nummer 2021.11.431

Das Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens mit der EU könnte schwere Folgen auf die Energieversorgung haben. Ohne ein Stromabkommen mit der EU droht der Schweiz 2025 ein Blackout. Das Wallis muss sich unbedingt auf eine solche Situation vorbereiten.

Im vergangenen Mai hat der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Abkommen abgebrochen. Es ist durchaus möglich, dass es nicht rechtzeitig zum Abschluss eines Stromabkommens kommen wird.

Die Schweiz ist Dreh- und Angelpunkt des europäischen Stromnetzes. Sie spielt eine wichtige Rolle bei der Übertragung von Strom zwischen den Nachbarländern. Diese Stromflüsse (geplant oder ungeplant) erfordern eine umfassende Regulierung. In einem unlängst veröffentlichten Bericht des BFE steht: «Die Schweiz kann als Drittland ohne Stromabkommen nicht bei der Festlegung dieser Regeln mitreden.» Spätestens ab dem 31. Dezember 2024 müssen die Betreiber dieses Übertragungsnetzes mindestens 70 Prozent der grenzüberschreitenden Netzkapazitäten für den Stromhandel innerhalb der EU freihalten.

Der Bund hat verschiedene Szenarien geprüft. Im schlimmsten Fall könnte es Ende März 2025 zu einem zweitägigen Blackout kommen. Unter extremen Umständen «könnte die Versorgung sogar während bis zu 500 Stunden unterbrochen sein», heisst es im Bericht.

Ein mehrtägiger Blackout hätte schwerwiegende Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Kantons. Dies käme einem flächendeckenden Stillstand gleich. Betroffen wären unter anderem Filteranlagen/Pumpstationen für Trinkwasser und Abwasser, Betriebe, Transaktionen, Beleuchtung, Heizung, Signalisation, öffentlicher und privater Verkehr, Informationsmedien, Kommunikation und Telekommunikation. Ganz zu schweigen vom Zugang zum Gesundheitssystem und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Schlussfolgerung

Die vom BFE angekündigte ernste Lage erfordert dringende Massnahmen. Deshalb fordern wir den Staatsrat auf, unverzüglich einen Aktionsplan zu erarbeiten, um sich gegen einen Blackout zu wappnen.